Die CVP bildet die stärkste Fraktion im Gemeinderat.

Ihre Partei ist über die Entwicklungen in der Stadt sehr besorgt. Das Ausmaß an Gewalt, Vandalismus und Lärmbelästigung in der Innenstadt halten Sie für nicht hinnehmbar. Aus Ihrer Sicht besteht dringender Handlungsbedarf. Sie unterstützen die von der Stadtverwaltung eingereichte Beschlussvorlage.

Dem Antrag einer Sperrzeitverlängerung in der Beschlussvorlage G-140/525 stehen Sie grundsätzlich positiv gegenüber. Andere Städte berichten über den Erfolg dieser Maßnahme – so würde häufig 60 Minuten nach Beginn der Sperrzeit eine Beruhigung der Innenstadt eintreten. Über die genaue inhaltliche Ausgestaltung einer solchen Sperrzeitverlängerung ist zu verhandeln. Ihnen ist es besonders wichtig, die Anwohnerinnen und Anwohner der Innenstadt vor Lärmbelästigung zu schützen. Gleichzeitig wissen Sie aber auch um die wirtschaftlichen Interessen der Gastronomie. Hier gilt es aus Ihrer Sicht, eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden, die sowohl die Interessen der Anwohnerschaft als auch die Interessen der Gastronomie berücksichtigt.

Die CVP ist besorgt über das Ausmaß des Alkoholkonsums im Bereich der Innenstadt. Ihre Partei unterstützt den Antrag auf Reglementierung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum (Beschluss-Vorlage G-140/525). Sie wissen um die juristischen Probleme einer solchen Regelung, sehen die Rahmenbedingungen in der Beschlussvorlage aber als klar definiert an.

Allerdings geht Ihnen die Regelung nicht weit genug. Denn besonders die Entwicklungen des Alkoholkonsums unter Jugendlichen betrachten Sie mit großer Sorge: Drei Viertel der 12- bis 17-Jährigen haben schon Alkohol getrunken. Jeder fünfte Jugendliche beteiligt sich mindestens einmal im Monat an einem Komasaufen bzw. Kampftrinken. Die Zahl der alkoholbedingten Krankenhauseinweisungen hat sich in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt. Bei Jugendlichen können selbst geringe Mengen Alkohol zu irreversiblen Schäden führen. Die CVP sieht deshalb dringenden Bedarf, etwas zu verändern. Ergänzend zu den Maßnahmen zur Reglementierung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum streben Sie zum Schutz der Jugendlichen ein generelles Ausschankverbot alkoholischer Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren an. Dieses generelle Ausschankverbot soll auf die Gastronomie im Bereich der Innenstadt begrenzt sein und ab 21:00 Uhr gelten. Hinzu sollen präventive Projekte treten, in denen die Jugendlichen frühzeitig über die Risiken des Alkoholkonsums aufgeklärt werden. Hier gelte es vor allem, die Familien zu unterstützen, denn das Erlernen des richtigen Umgangs mit Alkohol ist vor allem eine Aufgabe der Familien.

Außerdem sehen Sie es als zentrale Herausforderung an, dass die Regelungen durchgesetzt und die Gastronomiebetriebe verstärkt kontrolliert werden. Wer das leisten soll, die Polizei, ein kommunaler Ordnungsdienst (KOD) oder ein anderes Amt, das gilt es zu klären.

Auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist für Ihre Partei ganz zentral: Menschen sollen nicht in Angst leben müssen: Es ist die wichtigste Aufgabe des Staates und seiner Organe, auf die Sicherheit der Bürgerschaft achtzugeben und sie zu schützen. Deshalb kann Ihre Partei das Ausmaß an Gewalt und Vandalismus in der Innenstadt nicht akzeptieren. Sie sehen das Recht auf Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt verletzt. Deshalb unterstützen Sie den Antrag der Stadtverwaltung einer Verordnung zur Videobeobachtung risikobehafteter Innenstadtbereiche. Sie wissen um die politischen und juristischen Probleme, die eine solche Verordnung mit sich bringen kann – können aber auf den Erfolg von Video­überwachungsmaßnahmen zu Kriminalitätsbekämpfung in anderen Städten verweisen. Die Kosten für eine verstärkte Polizeipräsenz im Innenstadtbereich während den Problemzeiten in der Nacht schätzen Sie als zu hoch ein. Hinsichtlich eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) sind Sie gesprächsbereit.